

Kampf gegen die Kostenexplosion in den Sonderschulen

Zürich - Seit sich die Invalidenversicherung aus der Finanzierung der Sonderschulen zurückgezogen hat, explodieren für Kanton und Gemeinden die Kosten. Hinzu kommt, dass die Zahl der Kinder, die in externen Sonderschulen unterrichtet werden, seit dem Jahr 2000 um 61 Prozent gestiegen ist. Als besorgniserregend erachtet die Bildungskommission des Kantonsrats die «teilweise unerklärliche Zunahme von Diagnosen von geistiger Behinderung». Um diese einzuschränken, unterstützt die Kommission ein standardisiertes Abklärungsverfahren und ein Gemeindemonitoring. Weiter will die Kommission mit Gesetzes-

änderungen für Gemeinden finanzielle Anreize schaffen, Kinder in der Regelschule zu behalten, statt sie in eine Sonderschule zu übergeben. Weiter soll es gesetzlich möglich werden, neuen Sonderschulen die Bewilligung zu verweigern, wenn kein Bedarf nach neuen Sonderschulplätzen besteht. Derzeit geben Kanton und Gemeinden fast 300 Millionen Franken pro Jahr für die 3600 Sonderschülerinnen und Sonderschüler aus.

Aus Kostengründen will die Bildungskommission des Kantonsrats wie der Regierungsrat auf die geplante Kantonalisierung der Schulpsychologischen Dienste verzichten. (sch)